

VON DR. DR. STEFAN PIASECKI

Die Forderung der SPD, „leistungslose Einkommen“ stärker zu besteuern, klingt eingängig, sogar irgendwie fair. Sie passt in eine Zeit wachsender sozialer Spannungen und trifft einen Nerv bei jenen, die sich abgehängt fühlen. Warum auch soll jemand ohne Gegenleistung von Vermögen profitieren, das irgendwer anders zusammengetragen hat? Doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der Begriff als politisches Schlagwort – nicht als tragfähige ökonomische Kategorie. Denn abseits staatlicher Transferleistungen ist es erstaunlich schwer, ihm in der Realität zu begegnen.

Als Paradebeispiel für passives Einkommen gilt in der politischen Debatte oft die Vermietung. Wer jedoch selbst vermietet, der weiß: Das ist kein Selbstläufer. Schäden, ausbleibende Mietzahlungen, Nebenkostenabrechnungen, rechtliche Fallstricke, Behördenauflagen, Denkmalschutz, Umweltrecht, Hausverwaltungen, Handwerker und Anwälte gehören zu einem Alltag, der nicht selten mehr Frust als Lust bietet. Selbst wer delegiert, trägt Verantwortung, Risiko und Aufwand. Denn Leistung verschwindet nicht, nur weil sie nicht täglich sichtbar ist.

Auch Einkünfte aus geistiger Arbeit werden gern als „passiv“ etikettiert. Ein Buch, eine Software, ein Produkt, das sich angeblich von selbst verkauft. Tatsächlich steht am Anfang fast immer jahrelange Vorleistung ohne jede Erfolgsgarantie. Schreiben, programmieren, investieren, vermarkten, auftreten, erklären, präsentieren – während andere beim Binge-Watching oder einem TV-Serien-Marathon ihre Freizeit verbringen. Der Markt entscheidet gnadenlos. Wer scheitert, trägt den Verlust allein. Wer Erfolg hat, soll im Nachhinein so behandelt werden, als sei dieser vom Himmel gefallen und die Profite bereitwillig per Besteuerung großzügig mit der Gesellschaft teilen.

Kapitalerträge werden ebenfalls gern als leistungslos bezeichnet. Doch auch hier gilt: Investieren bedeutet Verantwortung. Unternehmen müssen beobachtet, Risiken bewertet, politische und wirtschaftliche Entwicklungen eingeordnet werden. Selbst breit gestreute Anlagen verlangen Wissen, Aufmerksamkeit und Entscheidungen. Kapital arbeitet nicht von selbst, es wird gelenkt – oder versenkt. An Kapitalgewinnen labt sich der Fiskus, die Verluste trägt der Privatinvestor selber.

Besonders emotional wird die Debatte bei Erbschaften. Vererbtes Vermögen sei leistungslos, heißt es. Dabei wird ausgeblendet, dass dieses Vermögen in aller Regel bereits mehrfach versteuert wurde.



So manches Sparschwein muss für die Erbschaftsteuer geschlachtet werden, nur um die Lust an der Umverteilung zu befriedigen

DURCH DIE HINTERTÜR

Umverteilung durch Erbschaftssteuer

Für links gerichtete Politiker ist es ein echter Solidarbeitrag – Konservative Kräfte sehen es hingegen als einen gefährlichen gesellschaftlichen Spaltpilz an

Einkommensteuer, Unternehmenssteuern, Abgaben, Beiträge – oft über Jahrzehnte. Zudem wird ignoriert, was Erben häufig ebenfalls leisten: Zeit, Pflege, Verzicht, familiäre Verantwortung. Viele Kinder wachsen mit abwesenden Eltern auf, deren Zeit, Aufmerksamkeit und Nähe dem Vermögensaufbau geopfert wurden. Wer Erbschaften pauschal als ungerecht diffamiert, blendet diese „biografischen Kosten“ vollständig aus.

Strafe für Fleißige

Die Forderung nach höheren Erbschaftsteuern trifft in der Praxis selten anonyme Großvermögen, sondern vor allem Familien, den Mittelstand mit selbst genutztem Wohneigentum oder kleinen Mieteinheiten und Betriebe. Sie bestraft jene ein weiteres Mal, deren Eltern gear-

beitet, gespart und Risiken getragen haben – zugunsten jener, die über Generationen hinweg keinen Vermögensaufbau betrieben haben und deren Lebensmodell vor allem auf Umverteilung beruht.

Der Begriff des leistungslosen Einkommens erkennt eine einfache Wahrheit: Leistung ist nicht nur das, was monatlich auf einer Lohnabrechnung steht. Leistung kann zeitversetzt sein, unsichtbar, risikobehaftet und familiär eingebettet. Unter Leistung leiden nicht nur die Fleißigen, Innovativen und jene, die freiwillig die Nachschichten übernehmen, sondern auch Freunde und Familie, die auf genau jene Menschen warten müssen, die sie vermissen. Zur Diskussion um soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität gehört diese Erkenntnis dazu. Wer sie ignoriert, betreibt keine gerechte

Steuerpolitik, sondern moralische Symbolpolitik.

Realitätsfremde Leistungslosigkeit

Die eigentliche Frage lautet daher nicht, wie vermeintlich leistungsloses Einkommen stärker besteuert werden soll, sondern warum politische Debatten zunehmend von Begriffen leben, die mit der Realität wenig zu tun haben. Wer Leistung einseitig definiert, spaltet – und untergräbt das Vertrauen jener, die dieses Land wirtschaftlich tragen.

Vielleicht sollte die Politik weniger über Phantasien sprechen und mehr über Wirklichkeit. Denn eines ist sicher: Wirklich leistungsloses Einkommen ist seltener, als viele glauben und flinker als ein Wiesel. Wer es zu packen versucht, dem entkommt es augenblicklich.

BAUSTOPP GEFORDERT

Tickende Zeitbombe: Rückbaukosten

Der Windpark im Reinhardswald wird jetzt zum Prüfstein für die gesamte Windbranche

Die Nachricht dürfte wohl alle Windparkbetreiber und Verpächter von Flächen für Windparks aufgeschreckt haben: Das Aktionsbündnis „Rettet den Reinhardswald“ fordert vom Landkreis Kassel den sofortigen Baustopp des Windparks im Reinhardswald, dem „Märchenwald“ der Brüder Grimm. Grund ist, dass die Sicherheitsleistung für die Rückbaukosten von knapp drei Millionen Euro, die beim Landkreis Kassel für den späteren Abriss der 18 Windkraftanlagen zurückgelegt wurden, nicht ausreicht. Der Bau des Windparks hätte überhaupt nicht beginnen dürfen, da die Bürgschaft viel zu niedrig angesetzt worden sei.

Das Bündnis fordert, die Rückbaukosten sofort durch ein Fachgutachten klären zu lassen. Der Bau des Windparks müsse sofort gestoppt werden. Verantwortlich

für den Rückbau sind die Betreiber oder, sollte das Unternehmen insolvent sein, die Verpächter der betreffenden Wald- und Agrarflächen. Im hiesigen Fall ist es eine „Energiegenossenschaft“. Für die Rückbaukosten der im Bau befindlichen Windkraftanlagen wurde der Windenergie-Erlass Niedersachsen von 2016 zugrunde gelegt, der sich auf ältere Regelungen bezieht. Obwohl sich die Rahmenbedingungen seither dramatisch verändert haben, wird die Formel „Nabenhöhe des Turmes mal 1000 Euro“ immer noch in Anspruch genommen. Das Aktionsbündnis befürchtet aber Kosten in dreistelliger Millionenhöhe für den Abriss der Windräder einschließlich der Kosten für die anschließend erforderliche Wiederherstellung der Waldböden und die Wiederaufforstung der betroffenen Flächen.

Die Windräder im Reinhardswald vom Typ VESTAS V150-5,6 MW haben eine Gesamthöhe von 241 Metern und einen Rotordurchmesser von 150 Metern bei einer Rotorblattlänge von 75 Metern. Die Flächengröße der ausgehobenen Löcher für die Fundamente ist 60 mal 80 Meter. 2011 betrug die Länge der Rotorblätter für gängige 2 bis 3 MW Onshore-Anlagen 40 bis 50 Meter. Die Turmhöhe bewegte sich zwischen 70 und 100 Metern. Damals bereits wurden die Rückbaukosten für eine Zwei-MW-Onshore-Windanlage mit 60.000 Euro zu niedrig angesetzt. Bei den Windrädern heutiger Dimension müssen zudem weitere Kostenfaktoren berücksichtigt werden. Dies sind die exponentiell steigenden Mengen an karbon- und glasfaserverstärkten Verbundstoffen der Rotorblätter (CFK und GFK), die der

Wiederverwertung zugeführt werden müssen. Gegenüber der EU-Kommission haben sich Windparkbetreiber wie Vattenfall verpflichtet, bis 2030 sämtliche PFAS-haltigen Kunststoffe der Windkraftanlagen zu recyceln. Nicht ohne Grund wurde der Termin seit 2020 in immer weitere Ferne gerückt. Doch es gibt dafür nach wie vor kein industrielles Verfahren. Ein sehr kleiner Anteil von GFK wird kostspielig „upgecycelt“, etwa für Skier. Überwiegend werden die fest verklebten Verbundstoffe verbrannt. Der Kostenfaktor für das Recycling der CFK ist weiter eine Blackbox. Sollten die Klagen erfolgreich sein, wären die Investoren früher als erwartet mit den Rückbaukosten konfrontiert, ohne zuvor die garantierte Einspeisevergütung 20 Jahre lang kassiert zu haben. Dagmar Jestrzowski

MELDUNGEN

Es mangelt an Führungskräften

Köln – Deutsche Unternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, Führungspositionen zu besetzen. Einer Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung am privaten Institut der deutschen Wirtschaft in Köln zufolge fehlten 2025 mehr als 28.000 Beschäftigte zur Übernahme von Führungsaufgaben. Ursache des Mangels, der vielen Firmen Probleme bereitet, ist die geringe Bereitschaft der Arbeitnehmer, Führungspositionen auszuüben. Repräsentativen Befragungen zufolge kann sich nur jeder siebte Angestellte mit dem Gedanken anfreunden, zur Führungskraft aufzusteigen. Am meisten abschreckend wirken dabei zusätzliche Arbeiten und Verantwortung sowie die drohende Beeinträchtigung des Privatlebens. Außerdem leidet die Attraktivität von Führungspositionen unter den als zu gering empfundenen finanziellen Anreizen sowie der Angst, dass die Beförderung die Beziehungen zu den Kollegen verschlechtern werde. W.K.

Polen will mehr Subventionen

Warschau – Polens Agrarminister Stefan Krajewski von der Polnischen Volkspartei hat für den Fall des Inkrafttretens des EU-Freihandelsabkommens mit südamerikanischen Ländern höhere Subventionen für die europäischen Landwirte gefordert. Entschädigungszahlungen an Bauern sind durch Nachverhandlungen im EU-Beschlussverfahren zum sogenannten Mercosur-Abkommen möglich geworden. Die EU-Kommission hatte damit die Zustimmung Italiens zu dem Freihandelsabkommen gewinnen können. Die Zustimmung der EU zum Mercosur-Freihandelsabkommen hat in Polen heftige Reaktionen ausgelöst. Am Tag der Entscheidung wurde Landwirtschaftsminister Krajewski Opfer eines Angriffs. Nach Angaben des Ministers wurde zudem seine Familie bedroht. Der Vorsitzende der Polnischen Volkspartei kündigte an, eine Klage gegen das Mercosur-Abkommen vor dem Europäischen Gerichtshof vorzubereiten. H.M.

Starker Digi-Euro gefordert

Brüssel – 70 Wirtschaftswissenschaftler aus Europa warnen in einem offenen Brief an die Abgeordneten des EU-Parlaments vor dem Scheitern des Digitalen Euro. Sollte das von der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken der Eurozone verfolgte Projekt nicht zum Erfolg führen, drohe mittelfristig der Verlust der „europäischen Souveränität“ auf dem monetären Sektor. Immerhin dominieren US-amerikanische Anbieter wie Visa, Mastercard und PayPal den internationalen Zahlungsverkehr, wozu dann außerdem noch digitale Währungen wie der Bitcoin kämen. Im Gegensatz dazu halten zwei Drittel der Führungskräfte des EU-Finanzsektors den Digitalen Euro für überflüssig, weil es bereits andere praktikable digitale Zahlungsmöglichkeiten gebe, was zur geringen Akzeptanz der eher umständlich zu handhabenden EU-Digitalwährung seitens der Verbraucher führe. W.K.